

Antrag der Fraktion der CDU

Lebenssituation für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bremen verbessern

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge stehen in Deutschland, wie andere Kinder und Jugendliche, unter besonderem gesetzlichen Schutz. Sie sind häufig traumatisiert und entwurzelt und haben einen besonderen Bedarf an sozialpädagogischer und psychologischer Betreuung. Wenn sie sich ohne personensorge- oder erziehungsrechtliche Personen allein in Deutschland aufhalten, müssen sie durch die zuständigen Jugendämter in Obhut genommen werden.

Bisher wurden sie in der Stadtgemeinde Bremen zur Altersfeststellung bzw. -einschätzung zunächst in der Sammelunterkunft in der Steinsetzerstraße untergebracht und kamen nach einigen Tagen in Pflegefamilien bzw. in spezielle Einrichtungen für jugendliche unbegleitete Flüchtlinge. Die Kinder und Jugendlichen wurden im allgemeinbildenden Bereich in Vorkursen und sonst an ausgewählten Schulen in Bremen beschult. Ein Clearingverfahren zur Erstellung eines individuellen Hilfeplans erfolgte, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, z. B. Niedersachsen, in Bremen bisher nicht.

Seit Mitte des Jahres 2012 sind die Flüchtlingszahlen in Bremen, auch bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, zunehmend angestiegen. Während die Sozialbehörde in der Stadtgemeinde Bremen an einer Konzeption arbeitete, um Flüchtlinge verstärkt in Wohnungen unterbringen zu können, wurde sie mit der Realität fehlender, preiswerter Wohnungen und steigender Flüchtlingszahlen konfrontiert.

Auch auf die steigenden Zahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wurde erst zu spät reagiert. In Ermangelung spezieller Aufnahmeeinrichtungen und geeigneter Pflegefamilien sind die Kinder und Jugendlichen infolgedessen derzeit in einem Kellergeschoss der Zentralen Aufnahmeeinrichtung in der Steinsetzerstraße untergebracht. Dort werden sie seit Wochen weder ausreichend betreut, noch können die schulpflichtigen Jugendlichen einen Vorkurs oder eine Schule besuchen. Sie haben keine festen Bezugspersonen und keine Privatsphäre. Die aktuelle Situation gefährdet das Kindeswohl und wird den speziellen sozialpädagogischen und psychologischen Betreuungsbedürfnissen dieser Jugendlichen nicht gerecht.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. umgehend Sofortmaßnahmen einzuleiten, um den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die derzeit in der Steinsetzerstraße leben, eine angemessene Unterkunft mit einem Betreuungsangebot, mindestens wie es in den bisherigen Einrichtungen für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge üblich ist, zu ermöglichen.
2. der Stadtbürgerschaft bis zum 1. Juli 2013 ein Konzept zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, welches insbesondere folgende Punkte beinhaltet:
 - a) Gewährleistung von angemessener Unterbringung und ausreichender sozialpädagogischer und psychologischer Betreuung von zukünftig in Bremen ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen bis zur Aufnahme in eine endgültige Wohneinrichtung oder in eine Pflegefamilie;

- b) möglichst schnelle Verbesserung des bisherigen Systems der Alterseinschätzungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, insbesondere für Mädchen und junge Frauen;
- c) Einführung eines standardisierten, verbindlichen Clearingverfahrens, in dem die Kompetenzen und der persönliche Hilfebedarf jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen festgestellt werden, um später die entsprechende Betreuung anzuschließen;
- d) Sicherstellung einer angemessenen und verlässlichen Beschulung aller unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge schon nach möglichst kurzer Aufenthaltszeit.

Sigrid Grönert, Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU